

Sehr geehrter Herr Präsident des Abgeordnetenhauses,  
verehrter Herr Staatssekretär Schmitz,  
lieber Professor Kleßmann –

ich schließe mich im Übrigen den Grüßen und Wünschen meiner Vorredner an. Nicht ohne meinen besonderen Respekt allen anwesenden Opfern der kommunistischen Diktatur in der und vor Gründung der DDR auszusprechen und die Vertreter der Verfolgtenverbände und Aufarbeitungsinitiativen zu begrüßen. Und stellvertretend für jene, mit denen wir täglich intensiv an der Klärung der Vergangenheit und ihrer Echos im Heute zusammenarbeiten: zum Beispiel mein Berliner Kollege Martin Gutzeit, Anna Kaminsky von der Stiftung Aufarbeitung, Roland Jahn als Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen und Siegfried Reiprich, der Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten. Letzterer auch für all jene, die aus dem Freistaat Sachsen den Weg hierher gefunden haben und jene, die aus flutbedingten Gründen auf ihre Anwesenheit verzichten müssen.

Öfter wenn meine Mutter mit dem Sohn auf den Jenaer Ostfriedhof ging, um die Gräber von Verwandten zu besuchen, wanderte sie an dem Grab des am 18. Juni 1953 von einem Sowjetischen Militärtribunal wegen seiner Demonstrationsaktivitäten zum Tode Verurteilten, sofort hingerichteten 26 jährigen Arbeiter Alfred Diener vorbei. Noch am gleichen Tag hingen überall in der Stadt Jena Plakate, Lautsprecherwagen fuhren durch die Straßen und verkündeten das Urteil. 1995 wurde Diener vom Generalstaatsanwalt der Russischen Föderation rehabilitiert, das Urteil in allen Teilen für Null und nichtig erklärt. Damals war für meine Mutter dieser Grabstein die Perspektive dessen, was einen im Realsozialismus bevorsteht, wenn einer zu kräftig rebelliert. Der 17. Juni 1953 begleitete durch verschiedene Erlebnissplitter mein Leben, gerade weil er in der DDR kein Feiertag sein durfte und weil wir nie – auch in den oppositionellen Gruppen später nicht – ihn systematisch diskutierten. Als hätten wir Angst zu viel zu genau darüber zu wissen, als könne diese Angst unsere Einmischungslust in die DDR-Gesellschaft und später gegen den Staat lähmen. Über ein ganz anderes DDR-tabuisiertes Datum, den 23. August 1939 als Tag des nazideutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes, diskutierten wir allerdings häufiger. Der 17. Juni 1953 schien das Kürzel für Krise, Schock, Ausnahmezustand zu sein. Als ich im Frühjahr 1977 als Transporthilfsarbeiter beim VEB Carl Zeiss Jena einrückte, stupste mich am zweiten oder dritten Tag ein altgedienter Zeissianer auf die Schulter. Er hatte Wind davon bekommen, dass mehrere Freunde (zwei sind hier im Raum) kurz zuvor von der Universität geflogen waren – die Ausbürgerung Wolf Biermanns, fünfzig Hausdurchsuchungen, zehn Verhaftungen, seine Standpauke: „Willkommen bei der herrschenden Arbeiterklasse. Nun ist Schluss mit lustig. Wenn ihr noch mehr Erfolg gehabt hättet, dann wären die Panzer gekommen. Wie am 17. Juni. Dann fließt Blut. Freu dich deines Lebens. An die Arbeit!“ Er drehte sich um und ging.

Das Datum spielte noch einmal eine Rolle – während meines halben Hilfsarbeiterjahres. Die DDR führte 1977 den Mixkaffee ein, eine inzwischen

vergessene Errungenschaft aus Originalkaffee und geriebenen Möhren und anderen keinesfalls gesundheitsschädlichen Zusatzstoffen. Die Arbeiter und Angestellten würdigten den Herz schonenden Aspekt nicht und arbeiteten zwei Tage mit gebremstem Eifer. „Streiks sind ja verboten“, sagte ein Kollege. „Ich halte mich an Verbote, aber wenn ich keinen richtigen Kaffee bekomme, fällt mir alles aus den Händen.“ Zum Beweis entglitt ihm der Deckel einer Glasschüssel, den er, weil er nicht kaputtgegangen war, wieder aufhob, um ihn noch kräftiger auf den Boden zu werfen, so dass er erfolgreich zersprang. Danach kehrte er befriedigt und sorgfältig die Scherben zusammen. Wartend vor einem Fahrstuhl dialogisierten zwei ältere Arbeiter über die damaligen und heute möglichen Demonstrationsrouten – konsequent im Konjunktiv. Es war ein kabarettreifer Dialog über Durchfahrtmöglichkeiten von Panzern unter Berücksichtigung aktueller Baustellen. Am dritten Tag schenkte die Kantine zusätzlich und bald nur noch richtigen Kaffee aus.

Auch das war erlebter Alltag in der DDR. Alltag ist halt nie wirklich richtig alltäglich für die, die einen anderen Alltag hatten oder haben. Das Juni-Datum wirkte als Drohung fort – und zwar als gegenseitige. Nicht jeder traute sich, was ein Arbeiter mir in den Achtzigern erzählte, der ein Überredungsgespräch seines Vorgesetzten zu irgendwelchen politischen Aktivitäten mit dem Hinweis beendete: „Nerv uns nicht zu sehr, denk an den 17. Juni!“ Das wäre bei einem Lehrer dem Direktor gegenüber nicht folgenlos geblieben - falls der Direktor die Anspielung zu verstehen in der Lage gewesen wäre.

Wir haben ganz am Anfang ein traditionsreiches Lied sehr schön und fast anrührend gesungen gehört. Brüder zur Sonne, zu Freiheit. Ich habe das Lied übrigens häufiger als Schüler im Musikunterricht gesungen, so brav wie das mein gesangliches Unvermögen zuließ. In den späten Achtzigern hörte ich es in eher gegröhlten Fassungen von Punk-Rock-Bands, wohl meist bei Veranstaltungen der Offenen Jugendarbeit in der Evangelischen Kirche. Wegen staatsoffiziellen Gebrauchs dieses Arbeiterliedes in der DDR würde das heute bei einer ähnlichen Veranstaltung in Leipzig oder Dresden nicht verwendet. Ein Gebrauch in der DDR, der natürlich ein Missbrauch war, aber der Text vom zu verlachenden Sterben und der heiligen letzten Schlacht wehrt sich nicht sehr dagegen. Ich bin den Veranstaltern dankbar wieder einmal konkret und persönlich angeregt worden zu sein, darüber nachzudenken wie unterschiedlich eben doch ostdeutsche und westdeutsche Sozialisierungen auch bei der Betrachtung des Vergangenen nachwirken. Jeder, auch ich, denkt halt öfter nicht an die gesamte Geschichte eines Liedes, eines Ereignisses, sondern an die eigenen Gefühle, die er beim Singen hatte.

Ja, die Gefühle, die bestimmte Erinnerungen zum Zwecke der Gefühlsbestätigung einsaugen. Schon die Forschungen zum 50. Jahrestages des Juni-Aufstandes ergaben ein erstaunliches Bild: Es fanden mehr Proteste als gehnt statt. Sie enthielten mehr demokratische Forderungen als oft vermutet, und sie waren Teil einer ersten osteuropäischen Protestbewegung, die später mit

1956 und 1968 noch andere dramatische Daten bekommen sollte. Der 17. Juni könnte somit – substanzieller grundiert als lange vermutet – nicht nur ein Feiertag der deutschen Einheit sein, sondern ein Datum, das an eine demokratische Entfaltungsperspektive für Ost-Europa und damit ganz Europa erinnert. Insofern ergibt sich eine paradoxe Möglichkeit: die Reaktivierung eines Feiertages mit neuer europäischer Freiheits-Perspektive.

Den 17. Juni 1953 sollten wir im regionalen und europäischen Kontext weiter erforschen - vor allem seine direkten und indirekten Nachwirkungen. Er hat regionale, nationale und europäische Dimensionen als einer der ersten (nach dem tschechischen Pilzen) in einer Kette von ost-mitteleuropäischen Aufstandsversuchen. Es lohnt sich, sich mit der Geschichte ganz konkret zu befassen, auch um sie für jüngere Generationen verstehbar und nachfühlbar zu machen. Was hinterließ der 17. Juni 1953 konkret in den Menschen? Lähmte er politische Handlungen oder aktivierte er diese? Während die konkreten Ereignisse zumindest im städtischen Raum gut erforscht sind, bleiben die Echos in den Menschen nach 1953 hochinteressant. Zum Beispiel: Was bedeutete die Fluchtbewegung danach für die Beeinflussung des politischen Lebens in der Bundesrepublik und vor allem in Westberlin.

Es gibt vielfältige Bezüge, aber keine direkten Wirkungsketten zum Anfang vom Ende der DDR im Jahre 1989. Der 17. Juni fand im Herbst 89 nicht statt, er fand auch keine direkte Fortsetzung. Etwas Anderes fand statt, mit anderen Aktivitätsmustern unter anderen Wirkungsmöglichkeiten - sonst hätte die Friedliche Revolution so 1989 vielleicht nicht stattfinden können. Die besonders intensiven Unruhezonen 53 und 89 ähnelten sich oft (Leipzig, Dresden), unterschieden sich aber auch (1953 Görlitz, Halle, 1989 Plauen).

Die DDR-Geschichte bestand nicht allein aus dem 17. Juni 53, dem Mauerbau 61 und der Friedlichen Revolution 1989. Auch im Alltag dazwischen gab es längst nicht nur Alltägliches. Viele kleine Akte des Ungehorsams und des Widerstandes nach 1953 und vor 1989 sind wichtig, um zu begreifen, wie das scheinbar ganz normale Leben in der DDR und die repressive Machtausübung oft eng ineinanderwirkten. Der 17. Juni 53 lässt uns heute auch über Diktaturprävention nachdenken: als Datum an dem Privates und höchst dramatisch Politisches zusammenkommen.

Damit sind wir mitten bei dem Thema der Ausstellung "Repression und Widerstand", die ich hier und heute eröffnen darf und die durch Deutschland wandern wird, mindestens. Sie versucht Fakten, Geschichten aus der Geschichte klug aus ritualisierten Deutungszusammenhängen zu lösen, um sie verstehbar, nachfühlbar zu machen. Um sie zu verlebendigen, besonders für die danach geborenen. So eine von uns verbreitete Ausstellung soll ein Veranstaltungs- und Nachfrageanlass sein. Sie kann komprimiert, aber auch um regionale Elemente ergänzt werden. Geschichte muss zusammengefasst, also gerafft werden – an manchen Punkten gilt es sie zu verzögern, um ein Detail besser zu verstehen. Vergangenenbeschäftigung ist immer ein Training für die Wahrnehmung von

Gegenwart und ihrer Deutung. Man und selbstverständlich auch Frau wird wachgeküsst oder eingeschlafert von der vergangenen Wirklichkeit, manchmal beides gleichzeitig. Dies ist im Übrigen eine überregionale Ausstellung, es gab keine Sachsen-DDR oder Brandenburg-DDR. Aber in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt fand besonders viel widerständige Geschichte in der DDR statt. Davon künden hier auch die Tafeln.

Deshalb danken wir noch einmal dem Veranstalter hier in Berlin/Hauptstadt des vereinigten Deutschlands für die Möglichkeit sie hier zu eröffnen, im Berliner Landtag parallel zu einer Präsentation im Sächsischen Landtag.

Und Danksagungen noch an die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die gemeinnützige Hertie-Stiftung, die die Ausstellung finanziell gefördert haben –

an diejenigen, die wichtige Vorarbeiten geleistet haben: an den Gestalter Marcel Kluge von machzwei, der mit wachem Auge, großem Einfallsreichtum und inhaltlichem Einfühlungsvermögen eine klare und anschauliche Gestaltung geschaffen hat und immer für unsere Wünsche offen war und geduldig jeden Änderungswunsch umgesetzt hat,

an Werbemedien aus Rheinsberg, die die Herstellung der Ausstellung übernommen haben, ganz besonders an Thomas Conrad, der flexibel auf alle Sonderwünsche eingegangen ist. Und wo gibt es so etwas, dass sich der Inhaber einer Medienfirma ein Ausstellungsprojekt so zu Eigen macht, dass er die Aufsteller persönlich anliefert, beim Aufbau hilft und heute dabei ist.

An die Gedenkstätten, Museen, Archive und private Bildgeber, die wie die Robert-Havemann Gesellschaft, das Matthias-Domaschk-Archiv, die BStU und ihre Außenstellen sehr engagiert das Zustandekommen ermöglichten. Und – das Wichtigste am Schluss: meinen besonderen und herzlichen Dank für die hochengagierte und motivierte stressreiche Arbeit der Ausstellungsmacher, die Macherinnen sind: Die Historikerin Kathryn Babeck und in enger Zusammenarbeit die Stellvertreterin des Landesbeauftragten Dr. Nancy Aris haben alle inhaltlich konzeptionellen und praktischen Probleme glänzend bewältigt.

So ist die Geschichte der Ausstellungserarbeitung endlich mal eine Geschichte, die erfolgreich bewältigt ist und nicht weiter aufgearbeitet werden muss. Vergessen seien aber nicht wichtige Vorarbeiten von Ralph Marten und meinem Vorgänger Michael Beileites. Und zum finalen Schluss: Dank an alle Zeitzeugen, ohne deren Hilfe und deren Vertrauen wir viele Geschichten nicht hätten erzählen können. Und einige, die wir nicht verwenden konnten, noch erzählen werden. Ich danke letztmals allen, die diesen Abend ermöglichten und möchte Sie nun einladen, sich von Frau Babeck durch die Ausstellung führen zu lassen.

Lutz Rathenow, Sächsischer Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen